

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter

Nr. 3

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mk. 1,00 pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln,  
den 21. Januar 1927.

Anzeigenpreis für die vierzeilige, Millimeterzelle 30 Pfennig. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Verlag befinden sich Köln, Benloerwall 9. Telefonnr. West 51546. — Redaktionschluss ist Samstag Mittag.

28. Jahrg.

## Zeitgemäße Betrachtungen.

Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Herabsetzung der Löhne und andere Übel im Jahre 1926 haben dazu beigetragen, daß sich auch in weiten Kreisen der Arbeiterschaft, die selbst von den Übeln gar nicht betroffen wurden, ein sinnloser Pessimismus breitgemacht hat. Alles in mühevoller jahrelanger Gewerkschaftsarbeit Erreichte wurde mit einer Handbewegung als bedeutungslos abgetan. Der Wille zum weiteren Aufstieg war erlahmt.

Es ist darum sehr wertvoll, wenn im Zusammenhang immer wieder die Dinge gezeigt werden, wie sie sind. Im Januarheft der „Deutschen Arbeit“ gibt die Redaktion dieser Zeitschrift dem 12. Jahrgang ein Leitwort mit auf den Weg, das unsere besondere Beachtung verdient. Es wird gesagt:

Im letzten Jahre hat sich nicht nur unser Wirtschaftsleben gefestigt und zu hoher Blüte entfaltet, sondern es hat sich auch gezeigt, daß bei unserer kapitalistischen Wirtschaft und ihren üblen Folgeerscheinungen auf dem Weg einer guten und energischen Sozialpolitik den Millionen vermögensloser Arbeiter und Arbeiterfamilien ein Existenzminimum gesichert werden kann, nicht nur für die Tage der Krankheit und des hohen Alters, sondern auch der Arbeitslosigkeit. Seit der Vorherrschaft der kapitalistischen Wirtschaftsweise hat Deutschland wohl niemals eine so kraft wachsende und so hoch steigende Arbeitslosenziffer gehabt, als im verflossenen Jahr, und niemals ist Arbeitslosigkeit, alles in allem genommen, so gut von den davon Betroffenen überstanden worden, als in dieser Krise, die weit mehr eine Beschäftigungs- als eine Wirtschaftskrise war und ist.

Mit der Sicherung eines Existenzminimums in der Zeit der Arbeitslosigkeit ist die letzte große Lücke gestopft, durch die der krasse Hunger in die Reihen der Arbeiterschaft schleichen konnte. Unsere Wirtschaft ist an den Aufwendungen für die Arbeitslosen ebensowenig zugrunde gegangen, wie früher an der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung, im Gegenteil, sie hat die Krise sehr rasch und sehr gut überwunden. Und man kann auch nicht sagen, daß die deutsche Arbeiterschaft aus der Arbeitslosenunterstützung ein zwar ärmliches, aber immerhin arbeitsloses Dürftendasein fristen wollte; sie ist arbeitsam geblieben.

Wird somit dem deutschen Arbeiter in den dringendsten Notständen geholfen, so ist damit doch die Arbeiterfrage keineswegs gelöst; vielmehr bekommen wir jetzt erst wieder den Blick für sie frei, denn im Mittelpunkt der Arbeiterfrage steht nicht der kranke, der verunglückte, invalide und arbeitslose, also der versorgungsbedürftige Arbeiter, sondern der gesunde, arbeitende Arbeiter. Und die Kernfrage lautet: Muß vermögenslose Arbeiterschaft sein? Muß es in unserem Volk in aller absehbarer Zukunft viele Millionen von Menschen geben, die bei unseren klimatischen Verhältnissen und ihrem Gange zum Leben einerseits, durch ihre Vermögenslosigkeit andererseits gezwungen sind, bei verhältnismäßig niedriger materieller und geistiger Lebenshaltung tagaus tagein dem Gebote des Kapitalismus zur Arbeit folgen?

Ist es etwa deswegen nötig, daß diese Millionen vermögenslos bleiben, weil die deutsche Wirtschaft, von der 63 Millionen Menschen leben wollen, sich nicht so ändern oder nicht so geändert werden kann, daß diese Vermögenslosigkeit ein Ende nimmt?

Oder, wenn das zwar denkbar ist und im Fall einer entsprechenden Änderung unseres wirtschaftlichen Gebarens auch als möglich erscheint, ist es da doch etwa so, daß Millionen und aber Millionen Volksgenossen vermögenslos und abhängig sein müssen, damit die Wirtschaft überhaupt in Gang und somit das gesamte Volk am Leben bleibt? Arbeiten also jene Millionen nur gezwungenermaßen bis zu dem Augenblicke, wo sie genug verdient haben, um ein enges Leben zu führen? Ist dann ein regelmäßiges Arbeiten und also ein geregelter Wirtschaften nicht mehr zu erwarten?

Oder verhält es sich so, daß in einem 63-Millionenvolke immer einige Millionen vom Schicksale so getroffen werden, daß sie nichts als Gestürzte oder Nachkommen von Gestürzten, der wild und wutzellos dahinwuchernde Ausschlag gefüllten oder morschen Hochwäldes sind? Werden immer einige Millionen aus den überlegerten Schichten zum Pro-

letariat hinabsinken und von dort aus der Arbeiterschaft ihr Kennzeichen geben?

Oder sollte die Arbeiterschaft vermögenslos und abhängig sein und bleiben, weil sie es selbst verschuldet? Und worin besteht ihr Verschulden? Sind die Arbeiter nicht energisch genug in der Forderung und Er kämpfung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen? Oder wirtschaften sie nicht ordentlich mit ihrem Einkommen? Oder heiraten sie zu früh, und haben sie viele Kinder?

Oder erfordert gar die Entfaltung von kulturellen Höchstleistungen einer dünnen Schicht in unserem Volke, daß Millionen abhängiger, vermögensloser Dienender da sind?

Weder vom gutliberalen noch vom christlichen Standpunkte aus kann grundsätzlich das Vorhandensein einer Vielmillionenschicht abhängiger, vermögensloser Volksgenossen als wünschenswert, ja auch nur erträglich angesehen werden. Dafür steht hier wie dort die Auffassung vom Menschen zu hoch. Deshalb wird man sowohl auf humanistisch-liberaler, als auch auf christlicher Seite diesem Zustand abzuweichen suchen müssen, und zwar mit erhöhter Anstrengung, denn er hat gerade lange genug gedauert, und die Verhältnisse gestatten es nunmehr, sich wieder mit der Arbeiterschaft als emporkletternder Schicht zu befassen. Alle vorhin angeführten Fragen spielen dabei eine Rolle. Sie sind nicht neu, aber sie müssen erneut auf ihren Wahrheitsgehalt geprüft werden, denn sie haben ihr Gesicht stark verändert. Und ihre wissenschaftliche, objektive Erörterung muß von dem leidenschaftlichen Willen begleitet sein, die Arbeiterschaft von ihrer Abhängigkeit aus Vermögenslosigkeit zu befreien, damit die Arbeiter der Zukunft nicht bloß Staatsbürger, sondern auch Wirtschafts- und Kulturbürger seien. Denn wie immer auch die Antworten auf die Fragen der Arbeiterfrage ausfallen werden, sie werden nicht dahin lauten, daß das Ziel dieser Verbürgerlichung im bürgerlichen Staat und unter kapitalistischer Wirtschaftsweise bei Anstrengung aller Kräfte nicht weitgehend zu erreichen sein werde. Vor einer solchen Antwort schützen die Erfahrungen der Vergangenheit, denn schon jetzt ist ein starker Aufstieg der Arbeiterschaft erkennbar. Die Antwort wird aber auch nicht dahin lauten, daß auf dem Wege des Umsturzes, des marxistischen Sozialismus das Ziel eher und besser zu erreichen sei, denn auch da kann die Erfahrung dienen: sie ergibt, daß er keine gestaltende Kraft besitzt. Also: Verbürgerlichung der Arbeiterschaft durch Gesellschaftsreform, die vor allem eine Reform der Vermögensverhältnisse sein muß mit dem Ziele, die Vermögenslosigkeit des Arbeiters zu beseitigen und dadurch zugleich seine Abhängigkeit von Arbeitgeberwillkür zu beschränken. Jede ernsthafte Anstrengung, die Arbeiterschaft weiter zu entproletarisieren, muß auf dieses Ziel gerichtet sein. Im Wesentlichen hängt seine Erreichung von der gewerkschaftlichen Kraftentfaltung und dem wirtschaftlichen Gebaren der Arbeiterschaft selbst ab.

## Das Jahr der Rationalisierung.

Konzerne und Kartelle stellen als ihren Hauptzweck hin, wieder Ordnung bringen zu wollen in die durch die Kriegs- und Inflationswirtschaft aus den normalen Bahnen geworfene deutsche Volkswirtschaft. Wenn es einmal eine Zeit gegeben hat, wo die Vertreter des Konzerngedankens glaubten der Meinung sein zu dürfen, das Kartell habe sich überlebt, und der Konzern, insbesondere der vertikale, sei die Wirtschaftsform der Zukunft, so hat der tatsächliche Verlaufe der Dinge ihnen nicht recht gegeben. Die Konzernbildung ist zwar weiter fortgeschritten, und zwar derart, daß man 1926 als das Jahr der Zusammenenschlüsse bezeichnen kann, aber nicht in vertikaler Richtung, sondern mehr in horizontaler. Daneben haben sich aber auch die Kartelle behauptet, speziell die Syndikatsbildung ist stärker und straffer geworden. Konzerne und Kartelle sind heute die Wirtschaftsformen geworden, die sich mehr und mehr an die Stelle der kleineren und mittleren Einzelunternehmungen zu setzen drohen.

Das obengenannte Ziel der Konzerne und Kartelle kann man auch umschreiben als die Absicht, durch Beseitigung oder Verminderung des Leerlaufs der Produktion auf der Grundlage geeigneter betriebstechnischer und organisatorischer Maßnahmen zu einer Verbesserung und Verbilligung der

Produktion zu gelangen. Soweit die energische Verfolgung dieser Ziele, die man unter der Bezeichnung „Rationalisierung“ zusammenfaßt, von den wirklichen Erfolgen begleitet ist, wird man, so starke Bedenken diesen Vorgängen auch gegenüberstehen mögen, diese vorläufig in Kauf nehmen müssen. Die Bedenken aber sind recht mannigfaltig, und betreffen Industrie und Handel fast gleichmäßig, bei ersterer die mittleren und kleineren Unternehmungen. Es kommt wohl nicht von ungefähr, wenn auch in den bisher bereits vorliegenden Berichten von Industrie- und Handelskammern auf diese Seite der Zusammenschlußbewegung nachdrücklich hingewiesen wird. So bestreitet z. B. die Hamburger Kammer zwar nicht die Zweckmäßigkeit der Verschmelzung kleinerer und mittlerer Industriebetriebe zu rationelleren Gebilden, soweit diese für die Führung noch übersichtlich bleiben, sie weist jedoch wiederholt darauf hin, daß in dem Streben der Unternehmungen nach Häufung von Verfügungsmacht und sichtbarer Kraftentfaltung eine beträchtliche Gefahr liegt. Es sei zu befürchten, daß die Leitung solcher übergroßen Betriebe in erster Linie möglichst gleichmäßige und sichere Rentengewinne anstreben würden und so dem persönlichen Wagemut des einzelnen, der seine Entschlüsse stets rasch der jeweiligen Lage anpaßt, kein genügender Spielraum mehr bleibt.

Daneben besteht eine nicht zu unterschätzende Gefahr der Bürokratisierung, die heute teilweise schon festzustehen ist. Des ferneren hat bereits festgestellt werden können, daß eine nebeneinander arbeitende Mehrzahl selbständiger Unternehmungen einen Wirtschaftszweig zu höherer Blüte zu bringen vermöchte, als ein Konzern, der einen bestimmten Erwerbszweig gleichsam monopolartig umfaßt, aber alle früher unabhängigen Existenzen nach und nach in Zweigniederlassungen und Verkaufsbureaus umwandelt und damit die selbständige Initiative durch ein schematisches Arbeiten nach erteilten Richtlinien ersetzt. So sehr aus wirtschaftlichen Gründen Zusammenschlüsse notwendig sind, so kann doch die Aufgabe der deutschen Industrie in organisatorischer Beziehung nicht darin bestehen, wenige Riesenunternehmungen zu schaffen. Es ist daher immerhin erfreulich, wenn auch von einer dem Reichsverband der Deutschen Industrie nahestehenden Seite es als eine der wichtigsten Aufgaben unserer Wirtschaftspolitik in Deutschland bezeichnet wird, „das kleine und mittlere Unternehmertum zu erhalten und zu kräftigen. Es wäre falsch und schädlich, wenn eine übermäßige Ausdehnung der Zusammenschlußbewegung die Aufrechterhaltung des kleinen und mittleren Unternehmertums gefährden würde.“

Immerhin verdient besonders beachtet zu werden, daß diese durchaus angebrachte Kritik an der Zusammenschlußbewegung vorwiegend vom Handel ausgeht, der sich besonders berufen fühlt, „sich gegen ein Übermaß wirtschaftlicher Machthäufung zu wenden, die seine Stellung einengt“. Das trifft sowohl für den Einzelhandel als auch den Großhandel zu. Beide drohen an Absatz zu verlieren, der erstere durch die Absatzorganisation der Erzeugungsunternehmen selbst, der letztere ebenfalls, wenigstens in seinen mittleren und kleinen Unternehmungen, da die Konzernbildung mit Typisierung und Standardisierung zu einem Verschwinden der Spezialgeschäfte sowie zu einer Konzentration auch im Einzelhandel (Warenhäuser, Einheitspreisgeschäfte) beiträgt. Zwar braucht der Großhandel hinsichtlich der Einengung seiner Absatzmöglichkeiten nach Erklärungen maßgebender Männer aus der Industrie, so auf der Großhandeltagung in Düsseldorf, im Augenblicke eine allzu große Besorgnis nicht zu hegen. Sie haben betont, daß sie durchaus willens sind, das Absatzproblem und die Kreditvermittlung nach wie vor den verantwortlichen, sachverständigen Schultern eines soliden Großhandels zu überlassen. Aber, so meint man hier: die Verhältnisse können sich ändern, und deshalb ist es Sache des Großhandels, aufzupassen und „Gewehr bei Fuß“ zu stehen.

Am stärksten ist bisher von der Rationalisierung wohl die Arbeitnehmerschaft getroffen worden, weil durch sie Hunderttausende von Arbeitshänden freigelegt worden sind, die heute notgedrungen feiern müssen. Alle Rationalisierung hat nur Sinn, wenn die durch gesteigerte Produktivität verbilligte Erzeugung einen stetig wachsenden Absatzmarkt findet, so daß der Unternehmer auch bei bescheidenem Gewinnanteil durch den großen Umsatz zu ausreichendem Verdienste gelangen kann, umgekehrt der Arbeitnehmer in billigen Preisen bzw. höheren Löhnen von

ihre zu profitieren vermag und die Arbeitskräfte, die heute als Opfer der Rationalisierung feiern müssen, wieder in den Erzeugungsprozess hineingelangen. Wenn die Arbeitnehmer sich mit der Rationalisierung als einer nicht zu umgehenden Wirtschaftsnötigkeit abgefunden haben, so glauben sie andererseits feststellen zu müssen, daß der zweite Zweck und die dritte Folge, Preisverbilligung und Behebung der Arbeitslosigkeit noch kaum erreicht worden sind.

Hier zu größeren Erfolgen zu gelangen, wird die wesentlichste Aufgabe der Wirtschaftsführung im neuen Jahr sein müssen.

Dr. v. d. Boom.

## Erwerbslosenfürsorge und Arbeiterversicherung.

Wer soll ihre Kosten aufbringen?

Über diese Frage schreibt Heinz Potthoff im „Archiv für soziale Hygiene und Demographie“ S. 473—479 u. a.:

„Das Wesen des Eigentums ist nicht das Recht zu eigener Nutzung, sondern das Recht, alle anderen von der Nutzung auszuschließen (§ 903 des BGB). Diesem Sperrrecht ist mit dem Boden nicht nur die Gesamtheit seiner Früchte, Schätze und Kräfte, sondern auch der Raum unterworfen. Wer nicht über ein Stück Land verfügt, hat keine eigene Existenzberechtigung in seinem Vaterlande. Denn zum Arbeiten, zum Wohnen, überhaupt zum Leben braucht er Raum, Boden, der andern gehört. Diese erlauben ihm die Benutzung „ihres“ Bodens nur gegen einen Tribut, den wir Grundrente nennen, und die im wesentlichen, kapitalisiert, als Preis des nackten Grundstücks in Erscheinung tritt. Wer aber keine Sachgüter besitzt, mit denen er Grundrente zahlen kann, der muß sie mit seiner Person zahlen, indem er sich in den Dienst des Besitzers von Boden (und damit auch andern Produktionsmitteln) stellt, ihm gestattet, an seiner Arbeit mitzuverdiene.“

Der aus dem Bodenrechte wachsende Zwang zur Lohnarbeit mit der Folge der Abhängigkeit und Ausbeutungsmöglichkeit gibt dem sozialen Problem erst seine Schärfe. Alle Folgen des „Kapitalismus“, auch die Gefahren der Erwerbslosigkeit, wären unendlich gemildert, wenn jeder Deutsche die Möglichkeit hätte, ein Stückchen Land zu bewohnen und zu bearbeiten; wenn also der dringendste Wohn- und Nahrungsbedarf auch bei schlechtester Wirtschaftslage, beim Fehlen eines Arbeitsplatzes oder bei ungünstigen Arbeitsbedingungen gesichert wäre.

Diese Forderung stellt Artikel 155 der Reichsverfassung, der aber leider bisher noch Zukunftsprogramm geblieben ist. Erst durch umfassende Siedlungs-, Heimstätten- und Kleingartenpolitik kann dem sozialen Problem der Erwerbslosigkeit ernsthaft zu Leibe gegangen werden. Die Massen der Arbeitnehmerschaft haben diesen Zusammenhang leider noch nicht erkannt, obgleich kein Geringerer als Karl Marx ihn wiederholt mit größter Schärfe dar-

gelegt hat, und obgleich ich ihn in einem Schriftchen »Arbeitsrecht und Bodenrecht« zu erläutern versucht habe.“

Soweit Heinz Potthoff. — Die Erkenntnis, daß die Erwerbslosigkeit ihre wesentliche Ursache in unserm gefährlichen Bodenrecht, einem Recht der Nichtbenutzung, hat, und daß die Benützung des Bodens, unserer Daseinsgrundlage, dem unselbständigen, besitzlosen Arbeiter nur gegen Entrichtung des Grundrentenbeitrags möglich ist, gewinnt angesichts der beabsichtigten Arbeitslosenversicherung eine besondere Bedeutung.

Bei der Arbeitslosenversicherung handelt es sich nämlich darum, wer die Kosten, die laufenden Beiträge dieser Versicherung, aufzubringen hat, und wer ist hierfür wieder auszuweichen? Natürlich wir, die Arbeiter! Da ist denn doch die Frage am Platz, ob das nach obigen Betrachtungen gerecht fertig ist!

Die Wirtschaft gerät immer wieder in's Stocken, weil der Bodenbesitz einen ständig steigenden Anteil an der gesamten Erzeugung fordert: hier Gruben, Steinbrüche, Lehmgruben u. a. verschleift, unbenutzt liegen läßt, um die Preise hochzuhalten, dort hohe Grundstückspreise fordert, wo Wohnhäuser oder Fabriken entstehen sollten. Die große Masse des Volkes, dauernd ausgeperrt vom Besitz heimlichen Bodens und deshalb gezwungen, für das Existenzminimum zu arbeiten, hat nicht Kaufkraft genug, um die nationale Gütererzeugung zur ausreichenden Befriedigung ihrer Bedürfnisse im Lande zu halten; die Märkte des Auslands sind unserem Handel aber mehr oder weniger verschlossen. Wenn also die tiefere Schuld an der Erwerbslosigkeit und der Unsicherheit der Lage des Arbeiters, die eine Versicherung bedingt, an dem überspannten Eigentumsrechte des Bodenbesitzes liegt, das Land gegen die im Interesse der Volksgesamtheit gelegene Ausnutzung zu sperren, — weshalb zieht man dann nicht gerade den Bodenbesitz zu den Kosten der Erwerbslosenversicherung heran? Sollen wir Arbeiter als die Opfer einer falschen Rechteinrichtung auch noch die Kosten einer Versicherung bezahlen, die nötig ist, weil der Grundbesitz Zähne gegen jede Reform unseres Bodentrechts ankämpft?

Eine dauernde steuerliche Abgabe vom Boden nach seinem Werte, d. h. die Besteuerung des uns bedrückenden Grundrentenbeitrags, den der Grundbesitz von der Arbeit fordert, hätte zugleich die Wirkung, die wirtschaftliche Ausnutzung des deutschen Bodens zu fördern und dadurch der Arbeitslosigkeit weiter Kreise entgegenzuwirken. Denn ein nach seinem Handelswerte besteuertes Boden muß möglichst bald der Gütererzeugung resp. Verbauung dienstbar gemacht werden, soll nicht der Besitz sonst zu einem Verluste führen. Wird aber aller deutscher Boden so ausgenutzt, wie sein Wert es fordert, so muß durch das alsbald eintretende große Warenangebot

der Warenpreis sinken, der Lohn des Arbeiters aber steigen, weil eine vermehrte Güterproduktion die Nachfrage nach Arbeitern steigert.

Es ist dies eine oft gepredigte Bodenreformerkennntnis. Wie lange dauert es noch, bis die Arbeiterschaft sie aufgreift, um sie durch ihre Führer in den Parlamenten nutzbringend für das gemeine Wohl durchzusetzen? Bis jetzt ist in Deutschland nur Anhalt diesen Weg der Erkenntnis gegangen und hat dadurch z. B. die Erhöhung der Gewerbesteuer — einer Steuer auf Arbeit — verhindert. Aber die Maßnahmen dieses kleinen Bundesstaates sind für die deutschen Gesamtverhältnisse wie ein Tropfen Wasser im Meer. Dennoch können sie uns als Beispiel dienlich sein, und wir bitten unsere Führer deshalb, dies Beispiel zu studieren und bei der Frage nach der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung auf die Mittel hinzuweisen, die der Bodenbesitz ebenso wohl gerechter- als zweckdienlicher Weise aufbringen soll.

Gustav Christ.

Anmerkung der Redaktion: Wir haben auf besonderen Wunsch die vorstehenden Ausführungen in unser Verbandsorgan aufgenommen. Die vom Verfasser vorgeschlagene Heranziehung des Grundbesitzes zur Aufbringung der Kosten für soziale Versicherungsanstalten hat sehr viel Bestechendes an sich. Wer wäre nicht bereit, die Lösung einer schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Frage vorzunehmen, wenn diese Lösung sich nur auf Kosten der andern ermöglichen ließe? Uns scheint, daß bei vielen Bodenreformern eine ganz falsche Auffassung Platz gegriffen hat, nämlich die, daß es nur einer Änderung des deutschen Bodentrechts bedürfe, um eine grundlegende Umgestaltung der heutigen, zum Teil recht unerfreulichen Verhältnisse herbeizuführen. Wer in dieser Auffassung lebt, würde unter Umständen die gleiche Enttäuschung erleben wie diejenigen, die glaubten, daß nach dem Übergang der deutschen Staaten von der monarchischen zur republikanischen Staatsreform alle Unannehmlichkeiten des irdischen Lebens auf gesetzlichem Wege ausgeremert werden könnten. Mit etwas mehr Vertrauen zur eigenen Kraft kommt die Arbeiterschaft bedeutend besser vorwärts als mit der Hoffnung auf die heilsame Wirkung gesetzgeberischer Maßnahmen.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir das aufmerksam, daß für die Zeit vom 16. bis 2. Januar 1927 der 3. Wocherbeitstag im Jahre 1927 fällt ist.

Neue Beitragsmarken. Für das Jahr 1927 sind neue Beitragsmarken zur Ausgabe gelangt. Bei der Abrechnung für das 4. Vierteljahr 1926 müssen alle alten Marken eingezogen und an die Hauptgeschäftsstelle zurückgeschickt werden.

## Industrie und Landwirtschaft.

I.

Die gewaltige Entwicklung der Industriewirtschaft der letzten 75 Jahre hat sich in den von ihr betroffenen Volkswirtschaften nicht nur in der einen mehr, in der anderen weniger hervortretend, auf Kosten der Landwirtschaft vollzogen, sondern hat auch darüber hinaus dem Agrarment eine sich proportional der industriellen Entwicklung ändernde Stellung in dem Aufgabenkreis der Volkswirtschaft zugewiesen. Zwar wurde nicht überall, wie in England, die Aufgabe der unmittelbaren Agrarproduktionsleistung durch die nationale Landwirtschaft bis zur Bedeutungslosigkeit verdrängt von der mittelbaren Lebensmittelförderung aus der Einfuhr, zu der die Überschüsse der exportierenden Industrie, des Handels und des Verkehrs die voraussetzungsmäßigen Unterlagen gaben. Aber in fast allen Volkswirtschaften dieser Entwicklungsrichtung ist eine langsame Abnahme der Versorgungsintensität der landwirtschaftlichen Urproduktion zugunsten der Einfuhrwirtschaft festzustellen, und zwar das um so mehr, je stärker die Industrien werden, je weniger sie des Zollschutzes bedürfen, und je mehr sie demzufolge zum Freihandel tendieren. Wie weit diese Entwicklung in Europa vorangeschritten war, das hat der Krieg mit unverkennbarer Deutlichkeit gezeigt. Wie weit die Abhängigkeit der Lebensmittelversorgung von dem Auslande sich darüber hinaus entwickelt hat, das wird durch den Niedergang der Industrien nach der Versiationszeit in der Gestaltung der Handelsbilanzen scharf zum Ausdruck gebracht. Besonders für Zentral-europa hat diese Entwicklung eine bittere Erkenntnis gebracht: Die Gesamtheit der gesamten industriellen Ausfuhr (Deutschland 1925 = 8.798,3 Millionen Mark) nach Abzug der Anwendungen für die Wiedereinfuhr gewerblicher Rohstoffe, Halbfabrikate und Fertigerzeugnisse (zusammen = 8.273,9 Millionen Mark) nicht dazu ausreichte, auch nur 10 % der Einfuhr an Agrarprodukten (= 4.032,1 Millionen Mark = 32,5 % der Gesamteinfuhr) zu decken. Da eine solche Einfuhrwirtschaft aber notwendigerweise nur auf Kosten ausländischer Kredite, alias à Konto des Volkvermögens und der Kapitalregeneration gefügt werden kann, dieses aber einen dergestalteten Kontrast auf die Dauer auszuhalten nicht imstande ist, tritt folgerichtig die Frage in den Vordergrund, ob nicht die Möglichkeit besteht, durch steigende Intensivierung der Landwirtschaft deren Ertragsfähigkeit so weit zu steigern, daß dadurch die Möglichkeit gegeben wird, der jährlich erschreckenden Zunahme der Agrarprodukteinfuhr (1924 = 2.678,3, 1925 = 4.032,1 Millionen Mark) eine grundlegende Abhilfe zu schaffen. Diese Frage wird sowohl von Kapazitäten der Wissenschaft als auch von praktischen Landwirten belacht.

Die Cassachen haben gelehrt, daß die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivkraft dem Tempo der Industrieentwicklung nicht gefolgt ist. Ist die industrielle Entwicklung das Produkt einer sich durch längere Zeiträume fortsetzenden ansteigenden Konjunktur, die Auswirkung wachsender Bedürfnisse, sich hebenden Volkswohlfstandes in Verbindung mit einer zunehmenden Kaufkraft der Nachfrage, erfährt von dem Wagemut vorwärtstreibender Unternehmer — so wirken diese Voraussetzungen auf die Entwicklung der Landwirtschaft doch nur innerhalb bestimmter Grenzen. Ihrer Natur entsprechend, ist die Entwicklung der Landwirtschaft im Gegensatz zu derjenigen der übrigen Wirtschaft schwerfällig, trägt sie den Charakter einer stark konservativen Tendenz. Während in der Industrieentwicklung dauernd fortbildend, frisch pulsierendes Leben strömt, während dieselbe, wenn ihr die Voraussetzungen günstig sind, weder an Ausdehnung noch an Organisationsmöglichkeiten, noch bei der Beschaffung der notwendigen Arbeitskräfte festumrissene oder sogar unüberwindliche Grenzen Einhalt gebietet, ist das landwirtschaftliche Areal weder beliebig vermehrbar, weder die Zahl der Betriebe beliebig vergrößert, noch die Organisation der Betriebsweise beliebig zu wechseln, ist die Zahl der Arbeitskräfte in dauernder Abnahme begriffen, ist die landwirtschaftlich genutzte Fläche einer fortschreitenden Verringerung ausgesetzt. Noch im Jahre 1882 beschäftigte die deutsche Landwirtschaft 19.225,4 Millionen Erwerbstätige mit ihren Angehörigen. Das waren 42 % der Gesamtbevölkerung, die direkt in der Landwirtschaft ihr Brot fanden. Dazu kamen fast 20 % solcher Personen, die indirekt mit ihr verbunden waren. Im Jahre 1895 ging die Zahl auf 18.501,3 Millionen Personen, das sind nur noch 35 % der Bevölkerung, zurück, und 1907 waren es nur mehr noch 17.681,1 Millionen, mithin 27 % der Gesamtbevölkerung. Umfasse im Jahre 1895 das landwirtschaftliche Areal noch 32.517,9 Millionen ha, so wurden ihm infolge der Ausdehnung der Städte, der Industrien und des Verkehrs nach und nach fast eine Million ha entzogen. Im Jahre 1907 waren es nur noch 31.834,8 Millionen ha und nach dem Kriege verblieben nur noch (1924) = 27.322,5 Millionen ha. Dieser Abnahme von 5.195,4 Millionen ha und von fast einer halben Million landwirtschaftlicher Betriebe gegenüber steht eine Zunahme der versorgungspflichtigen Gesamtbevölkerung von 11.336,0 Millionen Köpfen vom Jahre 1895 bis 1925.

Ganz andere Entwicklungstendenzen zeigten sich demgegenüber in den Industrien durch. In den wenigen Jahren von 1895 bis 1907 stieg sowohl die Zahl der industriellen Betriebe von 538.126 auf 991.447, als auch die Zahl ihrer Angestellten und Arbeiter von 6.691,6 Millionen auf 9.757,9 Millionen Personen. Vor allem war es hier der Großbetrieb, der sich mit wachsendem Erfolg ausbreitete. Erfahren die kleineren Kleinbetriebe in den Jahren 1895—1907 eine

Zunahme um 13,9 %, so betrug die der mittleren Betriebe bereits eine solche von 34 %, und die der Großbetriebe eine von sogar 61,9 %. Das Umgekehrte war in der Landwirtschaft der Fall. Hier vollzog sich eine starke Zunahme der mittleren bäuerlichen Betriebe auf Kosten der Großbetriebe (+ 15 %, — 12,6 %). Ist die Stärke der Industriewirtschaft der Großbetrieb, so liegt dieselbe in der Landwirtschaft im mittleren Betriebe (5—20 ha, 1 ha = 10.000 m<sup>2</sup>). Breitet sich der gemerbliche Großbetrieb auf Kosten der kleineren und mittleren Betriebe aus, so geht die Entwicklung der Landwirtschaft auf Kosten des Großbetriebes. Das ist der erste große Unterschied beider Wirtschaftstypen.

Im Gesamtzusammenhang ist dieser Unterschied aber noch viel prinzipiellerer Natur, als es gemeinlich den Anschein hat. Der Produktionsprozess der Industrie ist durchweg anorganischer Natur — derjenige der Landwirtschaft ein organischer. Die Urproduktion ist naturgebunden. Die Zeit der Bestellung des Bodens und der Ernte wird von der Natur bestimmt. Sonne, Wind und Regen sind die Kräfte des Wachstums, der Produktion. Ihr Eintritt entzieht sich der menschlichen Bestimmung. Des Menschen Arbeit ist Hilfsarbeit, ist Unterstützung der Natur, aber keine gestaltende Arbeit. Sie trägt bei zu den Vorbedingungen, die Natur vollendet sie. Dieselbe Natur steht aber der menschlichen Arbeit innerlich ungebunden gegenüber. Bald unterstüßt sie dieselbe, bald gefährdet und vernichtet sie sie. Sie läßt den Menschen arbeiten zu ihrer Zeit, unberechenbar auf Tag und Stunde, macht die landwirtschaftliche Arbeit zur Saisonarbeit, wechselnd in Art und Menge, im Frühjahr, im Sommer, im Herbst und im Winter. Dieser beständige Wechsel in Art und Menge ist seinerseits die Ursache, warum weder eine täglich regelmäßige Wiederholung gleicher Arbeitsvorgänge stattfinden kann, noch eine festumrissene Arbeitszeit möglich ist. Ja, nicht einmal eine beliebige Dispositionsmöglichkeit ist in vielen Fällen über Art, Anfang und Ende der plötzlich notwendig werdenden Arbeitsvorgänge gegeben. Die landwirtschaftliche Arbeit läßt sich nicht beliebig unterbrechen und abbrechen, wie die Arbeit eines Maschinenbetriebs, der gleichgültig der Unterbrechung genau dort wieder zu arbeiten anfängt, wo er aufgehört hat, die zu der Zeit diejenige Arbeit verrichtet, wo es der menschliche Wille bestiehlt. In der Landwirtschaft heißt es den Augenblick nutzen, die Chancen der Natur abzuwarten. Alles exakt Regelmäßige fällt dabei fort. Und gerade diese Unregelmäßigkeit der Arbeit und der Arbeitsmenge ist es auch, in welcher das Eindringen der Maschinenarbeit in der Landwirtschaft ein bedeutendes Hindernis zu überwinden hatte. Einer Arbeit, die, dem Charakter der landwirtschaftlichen Arbeit entsprechend, den Stempel der Hilfsmaschinen trägt, in der die Produktionsmaschine hauptprozesslich ganz im Fortfall kommt. Sie, die Unregelmäßigkeit ist das weitere die Ursache, warum die Land-

Caschenbuch 1927. Der Verband hat auch für das Jahr 1927 ein eigenes Caschenbuch herausgegeben. Der Inhalt dieses Buches ist von großem Wert für jeden Kollegen. Die Bestellung des Caschenbuches kann bei jeder Zahlstelle erfolgen. Der Preis ist 75 Pfg. pro Stück.

### Rundschau.

#### Die soziale Bedeutung des Christentums.

Der Führer der Deutschen Bodenreformbewegung, Dr. Adolf Damaschke, legte in einem Aufsatz: „Die seelischen Wirkungen der Wohnungsnot“, der im vierten Heft des „Jahrbuches der Bodenreform“ erschienen ist, ein erfreuliches Bekenntnis zum sozialen Christentum ab, wenn er schreibt:

„Ich habe ehrlich und unabhängig in meinem Leben gesucht und manches alte und neue philosophische System durchforscht. Ich habe aber nie eins gefunden, das so stark, so rückhaltlos auch die Sache des armen Volkes vertritt, so „sozial“ ist, wie das Christentum. Christus stellt an den Anfang seiner Lehre die große Forderung: Entweder—Oder: „Niemand kann zweien Herren dienen — ihr könnt nicht Gott dienen und (wer ist nun der große Segner Gottes?) dem Mammon.“

Das Christentum ist in der Tat die reinste Quelle, die zur sozialen Befriedung führen kann, und um so eher führt, je stärker es in den Herzen der Menschen verankert ist. Aus ihr schöpft auch die christliche Gewerkschaftsbewegung ihre letzte Berechtigung und ihre höchste Bestimmung.

#### Kolping und die Bodenreform.

Bei dem großen katholischen Sozialphilosophen und Begründer der Gesellenvereine, Vater Kolping, finden wir sehr starke Berührungspunkte mit den Grundgedanken der Bodenreform, man kann sogar sagen, den Ausgangspunkt der Bodenreform. Kolping war einer von den Männern, die sehr früh die sozialen Schäden erkannten, welche sich aus der falschen Behandlung des Monopolgutes Boden ergeben. Klar sieht Kolping die verderblichen Folgen der Bodenspekulation, und beschreibt, wie unter ihrem Einflusse „der ländliche Grundbesitz eine Kaufmannsware“ wird. Er weiß, daß der Boden dann auch denselben Schicksalen unterliegen wird, wie jede andere Ware. Was Kolping damals schon erkannte, und seine ganze Kraft dafür einsetzte, diesem Übel zu steuern, das alle Stützen jeglicher Gesellschaftsordnung zerstören muß, diese Tatsachen treten heute noch in viel krasserer Form auf und machen von Natur aus freie Menschen zu Abhängigen der Bodenspekulanten. Hierin liegt der tiefste Grund jeglicher sozialer Not. Von dieser Erkenntnis aus, von ihr tief innerlich erfaßt, kam auch Dr. Damaschke zu den Forderungen der Bodenreformbewegung.

Wirtschaft keine feste Arbeiterzahl, die entsprechend ihren größten Anforderungen notwendig wäre, lebhafte machen kann, und die dazu zwingt, immer wieder neben dem eingestellten Stamm auf die Verwendung großer Mengen von Wanderarbeitern zurückzugreifen. Hier wechselt die Anforderung zwischen Extremen, ohne die mittlere Linie.

Vor allem aber hat die Landwirtschaft keine Arbeitsteilung im Sinne der gewerblichen Spezialisierung. Das Prinzip der landwirtschaftlichen Arbeit liegt in der einfachen Arbeitsgemeinschaft: beim Heuen, beim Ernten, Einfahren, Dreschen, Kartoffelsetzen usw. Die Arbeitsgemeinschaft erhebt die Einzelkraft zur Massenkraft, erlaubt alle vorhandenen Kräfte auf einen Arbeitsvorgang zu konzentrieren, ermöglicht eine augenblickliche Inangriffnahme und Beschleunigung der Arbeit und gestattet so eine schnelle Anpassung an die plötzlich wechselnden Anforderungen. Die Arbeit der einzelnen entspricht derjenigen, die alle verrichten, aller Arbeit ist die der einzelnen. Das ist das Gegenteil der gewerblichen Arbeitsteilung. Und weil diese Arbeitsteilung von Natur aus nicht gegeben ist, darum wird auch in der Landwirtschaft niemals die Maschine eine auch nur annähernde Rolle spielen können, wie in der Industrie, deren Grundlage ja gerade die Maschinenarbeit als Träger der Massenproduktion darstellt. Jede Maschinenarbeit ist in der Landwirtschaft, abgesehen von der in den Nebetrieben (Meierei, Mülerei, Brennerei), erstens nur einmal im jährlichen Produktionsprozeß und zweitens auch dann nur ganz kurze Zeit verwendbar. Für jeden Arbeitsvorgang bedarf es einer besonderen, gemöhnlich allein hierfür verwendbaren Maschine, da eine Transmision wie in der Fabrik aus dem Grunde nicht möglich ist, weil die Felder auseinanderliegen, und damit die Maschinen nicht stationär sein können. Häufig erfordert sogar die Arbeit einen Wechsel der Antriebskraft, z. B. bei der Tiefkultur (35 cm Pflugtiefe) auf schweren Böden ist bis heute die Dampfkraft unersetzbar, während die übrigen Maschinen, die Eraktoren des Schwermotors, die Hofmaschinen der Elektrizität bedürfen. Auch die Geländebeschaffenheit beeinflusst besonders in der mittleren und kleineren Betrieben die Verwendung der überhaupt möglichen Maschinen häufig entscheidend. Dazu kommt das Problem der Unterbringung der Erntekraft (Pferde, Ochsen) für den Fall des Ausfalls der Maschinen, des Erntes des Ausfalls an Stalkraft bei Verringerung des Viehbestandes, und schließlich alles zusammenfassend das Rentabilitätsproblem.

Wir sehen schon jetzt, in der Landwirtschaft ist eine natürliche Trennung von den Möglichkeiten der gewerblichen Produktion gegeben. Welches Bild zeigt nun im Gegensatz hierzu die industrielle Produktion? Davon im folgenden

Wenn von der Bodenreform die soziale Seite des Eigentums stark betont wird, aber das Bestehen und die Erhaltung von Privateigentum als selbstverständlich anerkannt wird, so soll auch nach Kolping jeder die Frucht seiner Arbeit selbst erhalten. Aber wie für die Bodenreformbewegung, so ist auch für Kolping nicht so leicht die Beantwortung der anderen Frage, ob der Eigentümer auch sein Eigentum tatsächlich gerecht verwaltet. Hier stellt Kolping den Satz auf: „Nicht was man besitzt, sondern wie man den Besitz verwendet, entscheidet fürs Gemeinwohl.“ Noch deutlicher geht Kolpings christliche Anschauung und Eigentumsauffassung aus folgenden Sätzen hervor: „Es ist echt christlich, d. h. unfehlbar wahr, daß alle Güter dieser Erde, wie ja überhaupt alles, was der Mensch besitzt, von Gott herkommt, der das alles dem Menschen nicht durchaus geschenkt hat, so daß der Mensch unbedingter Herr und Eigentümer darüber wäre, sondern ihm nur geliehen, zur Verwaltung anvertraut, und es ihm zu seiner Zeit deshalb auch wieder wegnimmt, wenn es ihm gefällt. Früh oder spät, der Tag der Rechenschaft kommt sicher, wo es heißt: Gib Rechenschaft von deiner Haushaltung, denn mein Verwalter kannst du fürder nicht sein!“

Wohl und Weiterbestand unseres Volkes stehen bei Nichtbeachtung dieser christlichen Grundsätze auf dem Spiel. Es gilt unser Volk mit diesen Kolpings- und Bodenreformgedanken zu erfüllen. Endlich müssen wir uns einmal aus der Gedankenwelt der eigenen Sonderinteressen erheben, und das Volk über das Sonderinteresse der Gruppe, der Klasse, der Partei stellen. Nur so helfen wir die Wege ebnen zu einer großen sozialen Tat. Wir helfen mit einer Welt schaffen, in der auch der Arbeiter sich als Mensch fühlen kann Dr. W.

#### Volksbanken.

Erstaunlich ist, wie allenthalben im Lande sich sog. Volksbanken aufgetan haben. Im Volksstaat hat die Bezeichnung Volksbank einen besondern Klang. Die im allgemeinen gegen die Banken, gegen den „Kapitalismus“ bestehende Voreingenommenheit kann von dem Volk kaum auf die Volksbanken ausgedehnt werden. Die Volksbanken müßten hier im Gegenteile besondere Beachtung und Förderung erfahren. Freilich ist in den breiten Schichten unseres Volkes weniger Sinn für die feinen Unterschiede in der Bezeichnung vorhanden. Man hatte mit den Banken direkt weniger zu tun, man suchte zu wenig deren tieferen Sinn zu erfassen. So nimmt man auch jetzt noch die Volksbanken ohne weitere Überlegungen hin. Und doch werden gerade die breiten Schichten der Arbeitnehmer den sich hier ergebenden Bestrebungen weitgehendstes Interesse entgegenbringen müssen. Haben sich doch mehr und mehr auch diese Volksbanken des Spargeschäftes angenommen. Sie suchen mehr und mehr der Spargelder habhaft zu werden. Bei der jetzt im deutschen Volke wieder anzutreffenden Spartätigkeit ist die Frage der Anlage der Spargelder immerhin von erheblicher Bedeutung. Gegenwärtig wird die Summe von 3 Milliarden Mark Spareinlagen bei den deutschen Sparkassen wohl überschritten sein. Die weitere Entwicklung dieser Spartätigkeit wird dann auch die Bedeutung der Frage steigern, wo diese Gelder angelegt werden, und wie sie im Wirtschaftsleben Verwendung finden.

In unserer Gewerkschaftsbewegung gewinnen diese Fragen noch besondere Bedeutung. Trägt doch die von den christlichen Gewerkschaften ins Leben gerufene Arbeiterbank die Bezeichnung Deutsche Volksbank. Da darf diese, unsere Deutsche Volksbank mit den andern, die mehr oder weniger rein privatkapitalistische Unternehmungen sind, auf eine Stufe gestellt werden. Notwendig ist deshalb hin und wieder, den besondern Charakter, die besondern Wesensmerkmale unserer Bank hervorzuheben. Daran haben insbesondere unsere Gewerkschaftskreise und die ihnen nahestehenden ein wesentliches Interesse.

Unsere Deutsche Volksbank ist die Arbeitnehmerbank, die von den christlichen Arbeitnehmerorganisationen gegründet wurde. Begründet zu dem Zwecke, die Bestrebungen der Arbeiterbewegung zu fördern, um im Dienste der Bewegung tätig zu sein. Die eigenen Organisations- und Spargelder sollen den Arbeiterstandesbestrebungen nutzbar gemacht werden. Gründung und Weisungen für die Wirksamkeit dieser Arbeitnehmerbank wurden auf den bedeutendsten Tagungen der christlichen Gewerkschaftsbewegung der Nachkriegszeit beschloffen. Die christlichen Arbeiterorganisationen stellen in der Hauptsache das Aktienkapital, die prominentesten Führer der Bewegung sind auch die Führer der Volksbank. So ist also unsere Arbeitnehmerbank eine Volksbank in des Wortes wahrster Bedeutung.

Deshalb darf sie sich auch des besondern „Wohltuollens“ gewisser Kreise „erfreuen“, denen meistens alle Bestrebungen der Arbeiterschaft gegen den Strich gehen. Wenn sucht man da bei sich bietenden und an den Häaren herbeigezogenen Gelegenheiten auch unseren Bankunternehmungen eins auszuweisen.

Unsere Arbeitnehmer aber werden sich hier ebensowenig irre machen lassen, als es sonst bei den Anwürfen gegen ihre Bestrebungen geschehen ist. Sie werden ihre Volksbank um so mehr zu fördern und als Sparbank zu achten und zu behandeln wissen. Im neuen Jahre, mit seinen neuen Hoffnungen und neuen Entschlüssen, wird sie erst recht besondere Förderung erfahren. S. S.

#### Löhne und Arbeitszeit in verschiedenen Industrien Englands.

LAB. Das amtliche Organ des britischen Arbeitsministeriums veröffentlicht weitere Ergebnisse der Erhebung über die Löhne und Arbeitszeiten in der Industrie in Großbritannien und Nord-Irland im Jahre 1924.

Die Angaben umfassen den Maschinenbau, die Papierherstellung und die Papierverarbeitung, das Buchdruckgewerbe und die Holzindustrie.

Die von den Maschinenbau- und verwandten Industrien auf dem amtlichen Fragebogen abgegebenen Antworten umfassen 1355326 Arbeiter, für die folgende Arbeitszeiten gelten:

- 10,0 % der Arbeiter arbeiteten 44 Stunden oder weniger wöchentlich,
- 3,4 % der Arbeiter arbeiteten 44 1/2 bis 46 1/2 Stunden wöchentlich,
- 76,1 % der Arbeiter arbeiteten 47 Stunden wöchentlich,
- 0,9 % der Arbeiter arbeiteten 47 1/2 bis 47 3/4 Stunden wöchentlich,
- 4,6 % der Arbeiter arbeiteten 48 Stunden wöchentlich,
- 5,0 % der Arbeiter arbeiteten mehr als 48 Stunden wöchentlich.

Nachstehende Übersicht zeigt die durchschnittlichen Wochenverdienste und die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit innerhalb der 4 von der Erhebung erfaßten Wochen nach Industriegruppen:

Industriegruppen	Wöchentliche Durchschnittsverdienste sh. d.	Durchschnittliche normale Arbeitszeit	Durchschnittliche tatsächliche Arbeitszeit
Maschinenbau usw.	50,8	47,0	46,6
Schiffsmaschinenbau	51,5	47,0	46,0
Landw. Maschinen	46,3	47,2	46,6
Maschinenf.d. Textilindustrie	44,1	47,0	39,6
Flugzeugbau	54,7	47,0	48,2
Eisenkonstruktionen, Aufzüge, Wagen usw.	52,5	47,2	47,2
Elektr. Artikel, wissenschaftliche Instrumente	44,6	47,0	47,4
Fahrräder, Automobilwerkstätten:			
Großbetriebe	59,6	46,9	47,5
Kleinbetriebe	46,5	47,8	48,0
Allgem. Maschinenbau	50,7	47,0	46,9
Schiffsbau	51,9	47,0	44,6
Bestecke	43,3	47,0	44,2
Kleinfabrikwaren	49,4	47,9	47,2
Eisenbahnwagenbau	54,8	46,8	46,2
Zubehörteile f. Textilmasch.	44,6	47,7	42,8
Gold, Silber u. Juwelen	42,5	47,3	44,9
Heizapparate	56,2	46,6	47,1
Andere Metallindustrien	46,2	47,1	46,1
Insgesamt	51,7	46,7	46,1

Für die Papierindustrie und das Buchdruckgewerbe sind Antworten für insgesamt 233483 Arbeiter eingegangen. Die auf die Holzindustrie bezüglichen Antworten umfassen 174383 Arbeiter.

In der Papierindustrie und dem Buchdruckgewerbe arbeiteten:

- 11,0 % der Arbeiter 44 Stunden oder weniger wöchentlich,
- 5,0 % der Arbeiter 44 1/2—46 1/2 Stunden wöchentlich,
- 2,8 % der Arbeiter 47 Stunden wöchentlich,
- 2,3 % der Arbeiter 47 1/2—47 3/4 Stunden wöchentlich,
- 75,3 % der Arbeiter 48 Stunden wöchentlich,
- 3,6 % der Arbeiter mehr als 48 Stunden wöchentlich.

In der Holzindustrie arbeiteten:

- 25,1 % der Arbeiter 44 Stunden wöchentlich,
- 9,2 % der Arbeiter 44 1/2—46 1/2 Stunden wöchentlich,
- 39,6 % der Arbeiter 47 Stunden wöchentlich,
- 2,3 % der Arbeiter 47 1/2—47 3/4 Stunden wöchentlich,
- 10,1 % der Arbeiter 48 Stunden wöchentlich,
- 13,7 % der Arbeiter mehr als 48 Stunden wöchentlich.

Nachstehende Übersicht zeigt die durchschnittlichen Wochenlöhne und die durchschnittliche Arbeitszeit während der 4 von der Erhebung erfaßten Wochen.

Industriegruppen	Wöchentliche Durchschnittsverdienste sh. d.	Durchschnittliche normale Arbeitszeit	Durchschnittliche tatsächliche Arbeitszeit
Papier-Fabrikation	57,2	46,8	46,9
Pappen-Fabrikation	51,1	47,7	48,4
Papierwarenherstellung	59,3	47,7	47,2
Kartonnagen	54,7	47,4	45,1
Buchdruck	75,3	47,3	46,8
Durchschnitt	69,11	47,3	46,7
Möbel	57,1	46,7	45,6
Raroseriebau	55,1	47,5	47,2
Riften-Fabrikation	48,3	47,0	45,4
Sägewerksbetriebe	51,0	46,6	45,1
Böttchereien	53,9	47,0	45,4
Korbfabrikation	44,1	47,1	46,0
andere Holzindustrien	54,5	48,2	46,8
Insgesamt	53,6	46,8	46,6

Bei obigen Zahlen muß berücksichtigt werden, daß innerhalb der 4 von der Erhebung erfaßten Wochen 4,2 bis 5,6 % der 219301 Arbeiter in der Papierindustrie und dem Buchdruckgewerbe und 4,6 bis 8,8 % der 161390 Arbeiter der Holzindustrie verkürzt arbeiteten.

### Aus dem gewerblichen Leben.

#### Deutsche Waggonbauvereinigung.

Im deutschen Wirtschaftsleben kann anscheinend keine Industriegruppe dem allgemeinen Drang nach Zusammenschluß widerstehen. Die deutsche Waggonbauindustrie hatte eine Studiengesellschaft damit beauftragt, eine Prüfung der Zweckmäßigkeit eines engeren Zusammenarbeitens der verschiedenen Waggonbaubetriebe vorzunehmen. Gleichzeitig wurden

Verhandlungen mit der Deutschen Reichsbahngesellschaft über den Abschluß eines Lieferungsvertrages geführt. Diese Verhandlungen sind zum Abschluß gelangt. Die deutsche Waggonbauvereinigung wurde gebildet. 30 Waggonfabriken gehören der Vereinigung an. Es sind dies außer den sieben Firmen der Studiengesellschaft (van der Typen-Charlier in Köln-Deutz, Calbot in Aachen, Gebr. Castel in Mainz, Linkshofmann-Lauchhammer, Waggonfabrik Busch in Bautzen, Gotthard Waggonfabrik in Gotha, Waggonfabrik Steinfurth in Königsberg), die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, Maschinenfabrik Eßlingen, Dessauer Waggonfabrik, Düsseldorf Eisenbahnbau, Waggonfabrik Fuchs in Heidelberg, Waggonfabrik Lindner in Ammendorf, Siegener Eisenbahnbau, Waggonfabrik Urdingen, Wegmann & Co. in Kassel, Görlitzer Waggonfabrik, Hannoversche Waggonfabrik, Eisenbahnverkehrsmittel A.-G. in Berlin, Orenstein & Koppel A.-G. in Berlin, Gebr. Schöndorf in Düsseldorf, Norddeutsche Waggonfabrik in Bremen, Sächsische Waggonfabrik in Werdau, Christoff & Unmack in Niesky, Rathgeber in München, Waggonfabrik Rattatt, Rilling in Hagen.

**Erdlicher Unfall an einer Spundmaschine.**

In einem schlesischen Sägewerke war ein 18jähriger Arbeiter an der Nut- und Spundmaschine mit dem Spunden von zölligen Brettern beschäftigt. Hierbei wurde ein 4 m langes Brett plötzlich aus der Maschine herausgeschleudert und zerschmetterte dem in der Nähe der Spundmaschine Späne zur Kesselfeuerung sammelnden Heizer den Kehlkopf und den Unterkiefer, so daß er nach einigen Tagen seinen schweren Verletzungen erlag.

Die Untersuchung ergab, daß die Vorschubwahe aller Wahrscheinlichkeit nach von dem an der Spundmaschine tätigen Arbeiter so weit zurückgestellt worden war, daß sie das Arbeitsstück überhaupt nicht mehr berühren und daher auch nicht festhalten konnte.

Der schwere Unfall zeigt mit aller Deutlichkeit, welche schwere Folgen ein unüberlegter Handgriff des Maschinenarbeiters an der ungefährlich aussehenden Nut- und Spundmaschine haben kann.

(Mitgeteilt von der Norddeutschen Holz-Berufsgenossenschaft.)

**Fachtechnisches.**

**Einfluß der menschlichen Körpergröße auf die Polstermöbel- und Stuhlgestelle.**

Wer viel mit gepolsterten Sitzgelegenheiten zu tun hat, wird leider oft konstatieren müssen, daß die Sitzhöhe, Sitztiefe und Sitzbreite nicht immer einwandfrei zueinander in einem passenden Verhältnis steht. Es genügt nicht, daß die Polsterung eines Sitzmöbels immer nur sauber und korrekt ausgeführt wird, sondern sie muß auch bequem sein. Die richtige Bequemlichkeit wird aber nur dann erreicht, wenn die Form des Möbels sich einigermaßen der Form des menschlichen Körpers anpaßt. In erster Linie sind da die Sitzhöhe, -tiefe und -länge zu berücksichtigen, welche nach den verschiedenen Menschengrößen eigentlich auch verschieden sein müssen, im allgemeinen nach folgenden Normalmaßen gefertigt werden sollten.

Nur in besonderen Fällen, z. B. bei Kranken und solchen Personen, deren körperliche Beschaffenheit vom Mittelmaß der normalen Personen abweicht, muß auf die entsprechenden Maße Rücksicht genommen werden.

Als normales Sitzmaß gilt: Sitzhöhe 42-45 cm, Sitztiefe 48-50 cm, Lehnenhöhe 55-60 cm, Auslenkung 10 bis 18 cm. Diese Normalmaße gelten natürlich nur für hölzerne Bänke oder Stühle, die beim Sitzen weder nachgeben, d. h. sich nicht niederdrücken, noch durch Ausstragen von Polsterungen etwas verlieren.

Polstergestelle müssen also um so viel niedriger, tiefer oder höher sein, als das Polster aufliegt, oder die Polsterung muß so gehalten sein, daß möglicherweise obige Zahlen sich ergeben. Damit aber der praktische Meister in der Werkstätte für alle am meisten vorkommenden Körpergrößen ein bestimmtes Maß hat, so sind dieselben nachstehend in einer Tabelle zusammengestellt und geordnet. Es sind gerade ein Dutzend Fälle festgehalten, die in der Praxis auftreten und stellen die Maßzahlen für das fertige Möbel dar, wie schon weiter oben erwähnt wurde. Die Auslenkung soll praktisch genommen immer annähernd den letzten Teil der Lehnenhöhe betragen. Es ist ohne weiteres

klar, daß bei Sitzgelegenheiten, die mehr träger Ruhe gewidmet sind, die Sitzhöhe etwas weniger, Sitztiefe, Lehnenhöhe und Auslenkung etwas mehr, je nach Umständen oder nach Belieben, haben können oder auch haben müssen.

**Normalmaßtabelle der Größenverhältnisse von Sitzmöbeln für die entsprechende Körpergröße.**

Nr.	Körpergröße	Sitzhöhe	Sitztiefe	Lehnenhöhe	Auslenkung
1	80 cm	21 1/2 cm	23 1/2 cm	32 cm	5 bis 8 cm
2	85 "	22 1/2 "	25 "	34 "	5 1/2 " 9 "
3	90 "	24 "	26 1/2 "	36 "	6 " 10 "
4	100 "	26 1/2 "	29 "	40 "	6 1/2 " 11 "
5	110 "	29 "	32 1/2 "	44 "	7 " 12 "
6	120 "	32 "	35 "	48 "	8 " 13 "
7	130 "	34 1/2 "	38 "	52 "	8 1/2 " 14 "
8	140 "	37 "	41 "	56 "	9 " 15 "
9	150 "	40 "	44 "	60 "	10 " 16 "
10	160 "	42 1/2 "	46 1/2 "	64 "	10 1/2 " 17 "
11	170 "	45 "	50 "	68 "	11 " 18 "
12	180 "	48 "	53 "	72 "	12 " 20 "

W. A. Siedler.

**Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.**

**Mittel für die berufliche Fortbildung erwerbsloser Jugendlicher.**

Vom Reichsarbeitsminister wurde unter dem 29. November 1926 an die obersten Landesbehörden für Erwerbslosenfürsorge folgendes Schreiben gerichtet:

„Veranstaltungen zur beruflichen Fortbildung jugendlicher Erwerbsloser können nach Art. 8 der Ausführungsvorschriften zur Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 2. Mai 1925 (Reichsgesetzbl. I, S. 63) aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge bis zum Fünzigfachen des täglichen Unterstützungslages gefördert werden. Es ist jedoch erwünscht, daß sich die Gemeinden in angemessenem Umfange an diesen Kosten beteiligen. Dadurch wird die zweckvolle und sparsame Durchführung der Veranstaltungen gesichert werden. Dies ist auch die einmütige Auffassung aller Landesregierungen. Der Preussische Herr Minister für Volkswohlfahrt hat in seinem Schreiben vom 25. April 1926 — III B 1308/26 III C — im allgemeinen den Umfang der gemeindlichen Beteiligung auf 50% bemessen, während andere Länder wenigstens für einen Teil der Kurse einen niedrigeren Hundertsatz für angemessen halten, wenn ihre Durchführung nicht überwiegend erschwert werden soll. Ich schließe mich dieser Auffassung an und weise mich auch mit dem Preussischen Herrn Minister für Volkswohlfahrt darin einig, daß für Fach- und Werkkurse, die gegenwärtigen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes Rechnung tragen und die Vermittlung der Teilnehmer in Arbeit in unmittelbarem Anschlusse an den Lehrgang erleichtern wollen, die Mittel der Erwerbslosenfürsorge in stärkerem Umfange herangezogen werden können. Soweit die obersten Landesbehörden hiernach für einzelne Maßnahmen einen höheren Förderungsbetrag als 50% vorziehen, bin ich bereit, den entsprechenden Anteil auf Mittel des Reiches zu übernehmen.“

Ferner wird die Teilnahme an den beruflichen Fortbildungskursen nicht auf die unterstützungsberechtigten jugendlichen Erwerbslosen beschränkt bleiben dürfen. Es sollten vielmehr insbesondere auch solche jugendlichen Erwerbslosen herangezogen werden, die aus irgendeinem Grunde, insbesondere nach den §§ 4 und 5 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge nicht unterstützungsberechtigt sind. Das entspricht auch dem Wunsche des Reichstags. Ich bin daher damit einverstanden, daß aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge für jeden nicht unterstützungsberechtigten Jugendlichen zu der einzelnen Maßnahme der gleiche Betrag gezahlt wird, der für ihn zur Verfügung stände, wenn der Artikel 8 der Ausführungsvorschriften vom 2. Mai 1925 auf ihn anwendbar wäre. Ich muß allerdings voraussetzen, daß die Länder und die Gemeinden ebenfalls nach dem gesetzlichen Schlüssel zu diesen Kosten beitragen.

In der Praxis hat es sich als zweckmäßig erwiesen, alle Maßnahmen wirtschaftlicher Art, die zugunsten Jugendlicher getroffen werden, bei den öffentlichen

Arbeitsnachweisen zusammenzufassen. Die öffentlichen Arbeitsnachweise der größeren Gemeinden werden in der Regel für die Behandlung dieser Fragen aus ihren Verwaltungsausschüssen einen Unterausschuß wählen und ihn durch sachverständige Berater verstärken. Sie sollten außerdem bei der Durchführung der einzelnen Maßnahmen die Organe der freien Wohlfahrtspflege, die Jugendvereine und die Fach- und Berufsverbände in möglichst weitem Umfange zur Mitarbeit heranziehen und enge Fühlung mit den Stellen halten, die für die Betreuung und Bildung der Jugendlichen in Betracht kommen (Jugendamt, Berufsschulverwaltung, Organe der beruflichen Selbstverwaltung, gemeinnützige Verbände usw.).

Ich wäre dankbar, wenn Sie die nachgeordneten Stellen baldmöglichst im Sinne meiner Ausführungen anweisen wollten.“ (Ia 3919.)

**ierzig Jahre Krankerversicherung.**

Die vom statistischen Reichsamte herausgegebene Statistik des Deutschen Reiches widmet in dem neuesten, sechsten erschienenen Band 31 der Entwicklung der reichsgesetzlichen Krankerversicherung in den 40 Jahren ihres Bestehens einen besonderen Abschnitt.

Der Mitgliederstand der Orts-, Land-, Betriebs- und Umweltskrankenkassen ist nach den statistischen Darlegungen von 1885 bis 1924 auf das 4fache gestiegen und zwar die Zahl der männlichen Versicherten auf das 3,1fache, die der weiblichen auf das 8,4fache. Durch den verschiedenen großen Steigerungsgrad hat sich das Verhältnis der männlichen zu den weiblichen Rassenmitgliedern stark zugunsten der Frauen verschoben.

Der Krankheitsstand hat sich im Laufe der Zeit in steigendem Maße verschlechtert. Der Hauptgrund hierfür dürfte wohl die zunehmende Industrialisierung Deutschlands und die damit zusammenhängende Verschiebung der Bevölkerung vom platten Lande in die Stadt sein. Im ersten Jahrzehnt war das Jahr 1885 mit 42 Krankheitsfällen auf je 100 Mitglieder das ungünstigste, im zweiten das Jahr 1904 mit 39,5, im dritten das Jahr 1912 mit 42,6 und im letzten Dezennium das Jahr 1922 mit 47,1 Krankheitsfällen auf je 100 Mitglieder.

Die Einnahmen der Kassen sind von 1885 bis 1924 von 59 auf 971 Millionen Reichsmark, d. h. auf das 16,5fache, die Ausgaben von 52 auf 865 Millionen, d. h. auf das 16,6fache gestiegen, also erheblich stärker, als dem Anwachsen des Mitgliederstandes allein entsprechen würde. Da man bei der Krankenhilfe allmählich immer mehr Wert auf die Gewährung umfangreicher Sachleistungen legt, hat sich deren Anteil, hauptsächlich mit der zunehmenden Einführung der Familienhilfe, bei welcher ja Barleistungen nicht in Frage kommen, im Laufe der Zeit zunehmend der letzteren erhöht. Die Ausgaben für Haus- und Taschengeld je Mitglied haben sich allerdings seit 1885 auf das 11fache erhöht, dagegen die weit aus wichtigste Barleistung, das Krankengeld, nur auf das 2,9fache. Andererseits sind die Aufwendungen für Behandlung durch Heilpersonen in demselben Zeitraum auf das 6,8fache, für Krankenhauspflege auf das 6,1fache, für Arznei auf das 3,2fache angewachsen. Die Ausgaben für Wochenhilfe haben unter den größeren Leistungen an meisten, nämlich je Mitglied auf das 14fache, zugenommen.

**Bücher und Schriften**

bezieht  
der christliche Gewerkschaftler  
durch die  
Buchhandlung des Gesamtverbandes  
der christlichen  
Gewerkschaften Deutschlands.

**Die Handwerkskunst im Holzgewerbe**  
ist die Fachzeitschrift für jeden vorwärtstrebenden Tischler.

Der Bezugspreis  
ist vierteljährlich 2,- Mark.

Bestellungen sind an die Jahressstellen unseres Verbandes oder direkt an die Geschäftsstelle der Handwerkskammer Köln, Vombornwall 9 zu richten.

Feine Tischlerwerkzeuge liefert  
J. H. Wüster, Cronenberg (Rhld.).  
La Referenzen von Kollegen!

**Möbelbeizer u. Polierer**

selbständige Kraft mit reicher Erfahrung von einer kunsttischlerwerkstatt Westfalens gesucht.  
Angeb. u. Sg. 6031 an G. Gerrens, Ann-Exped., Hagen i. B.

**Fach- und Kalkulationsbuch für Schreinermeister**

Herausgegeben vom Kreisverband Oberbayerischer Schreinermeister e. V.  
Zweite verbesserte und erweiterte Auflage.

160 Seiten Oktav, 146 Abbildungen, Detailschnitte und Konstruktionen  
Preis. 5 Mark, zuzüglich 30 Pfg. Porto.

Verlag: Bayerische Schreinerzeitung Augsburg.